

Klimaschutz mit Hausverstand statt linkem Gesinnungsterror!

Zwischen der berechtigten Sorge um den Klimaschutz und den fragwürdigen Klebe- und Schüttaktionen linker Fundamentalisten liegen Welten. Wer die öffentliche Sicherheit bewusst gefährdet, muss entsprechend bestraft werden.

Heiße Sommer und schneearme Winter reichen einigen versprengten Klimachaoten bereits, um die Apokalypse herbeizubeten. Es steht außer Zweifel, dass sich das Klima aktuell verändert, es steht allerdings auch außer Zweifel, dass künstlich produzierte Staus in unseren Landeshauptstädten nur minimal etwas daran ändern werden. Das Argument der selbsternannten Klimaschützer, man müsse für Aufmerksamkeit sorgen und die Menschen wachrütteln, ist auch nicht mehr als ein Scheinargument, um ihre Schikanen gegenüber der restlichen Bevölkerung in irgendeiner Form zu rechtfertigen.

Durch die Klebeaktionen auf Hauptverkehrsrouen, die zu regelmäßigem Verkehrschaos führen, werden tausende Berufstätige daran gehindert, pünktlich zur Arbeit zu kommen und – noch weit schlimmer – Einsatzkräfte blockiert. Zu solchen Mitteln zu greifen, um seine Weltuntergangsphantasien auszuleben, ist mehr als bedenklich. Hinzu kommt, dass hier eine politische Agenda verfolgt wird, die in ei-

nem massiven Spannungsfeld zu allen demokratischen Vorstellungen und Regeln steht.

Besonders erschreckend ist, dass eine ehemals konservative ÖVP sich vom grünen Koalitionspartner, der schon allein aus seiner Historie heraus gar nichts Anders als Verständnis für dieses Treiben haben kann, am Nasenring durch die Polit-Manege führen lässt. So hat die ÖVP jeden im Parlament zur Abstimmung eingebrachten Antrag betreffend Verschärfung der Strafen und Beobachtung der Gruppierung durch den Verfassungsschutz abgelehnt.

Dramatisch ist die Situation in Wien, wo von einer ernsthaften Gefahr durch die „Letzte Generation“ ausgegangen werden muss. Denn mittlerweile schrecken diese Aktivisten nicht mehr davor zurück, fremdes Eigentum zu beschädigen. Bereits zum wiederholten Mal wurde bei zahlreichen parkenden PKW die Luft aus den Reifen gelassen, einmal hat dies bereits zu einem Verkehrsunfall mit Personenschaden geführt. Diese vermeintlichen

Klima-Aktivisten haben damit hinlänglich bewiesen, dass sie bereit sind, die Allgemeinheit zu gefährden und dabei Unfälle mit Todesopfern in Kauf zu nehmen. Es ist dringend an der Zeit, diese Form des radikalen Klima-Protests scharf zu ahnden.

Das Strafrecht muss umgehend adaptiert werden, um diese Delikte mit harten Strafen – bis hin zur Haft – ahnden zu können.

Euer

Dominik Nepp
Landesparteiobmann





FPÖ: Sexualstraftäter von der Arbeit mit Kindern fernhalten!

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Der Fall Teichtmeister zeigt einmal mehr, wie schutzbedürftig unsere Kinder sind – und wie wenig von Seiten der Bundes- aber auch Landesregierung eigentlich dafür getan wird. Wir Freiheitliche haben einen Antrag in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht, den wir vorab allen Parteien übermittelt haben, um in Form eines Allparteiantrags ein Signal der Geschlossenheit aus Wien gegen jede Form des Kindesmissbrauchs zu setzen. Unsere Forderungen sind an die Justizministerin gerichtet, einen Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen, der für die Begehung aller Arten von Straftaten an einem Kind deutlich höhere Freiheitsstrafen ohne vorzeitige Entlassung festlegt, eine kindgerechtere Justiz mit verpflichtenden Verfahrensbeistand schafft, Kindersexpuppen und pädophile Handbücher inklusive Handel

und illegaler Handelsplattformen untersagt, verbesserte Handlungsinstrumente für Polizei und Staatsanwaltschaft schafft und die Schaffung eines Straftatbestandes, welcher die Entlassung eines Staatsbediensteten, der wegen eines Sexualdeliktes verurteilt wurde, umsetzt.

Zudem verlangen wir den Ausbau und die flächendeckende Versorgung von Psychotherapieplätze für Kinder, Jugendliche und Familien sicherzustellen, um Opferhilfe zu gewährleisten und vorbeugend Aufklärungsarbeit zu leisten, die laufende Finanzierung der Gewaltschutzambulanzen sicherzustellen, den Beistand von Rechtsmedizinern für Kinderärzte, wenn es sich um Dokumentationen von Verletzungen handelt, sicherzustellen, schärfere Kontrollen in „Kindercamps“ zu veranlassen und eine Professio-

nalisierung der Teams bei der Betreuung der Opfer.

Allerdings könnte auch die Stadt aktiv werden, in dem die Kontrollen in Kindergärten und Volksschulen verschärft und verpflichtende Aufklärungsbücher gegen Missbrauch eingeführt werden. Zudem fordern wir verpflichtende Quartalsgespräche von Kinderpsychologen mit jedem Kind im Kindergarten bis zur Volksschule mit Einsicht für Eltern umzusetzen, ein unabhängiges Gremium, welches über dem Jugendamt steht, sobald es um Fremdunterbringung geht, zu schaffen und mehr finanzielle Unterstützung für Kinder-Hilfseinrichtungen freizumachen.

Leider haben wir von SPÖ, NEOS, ÖVP und Grüne eine Absage bekommen. Unverständlich und nicht nachvollziehbar...

Fördergeldmissbrauch in Kindergärten macht Schule

Ein Kindergarten-Skandal jagt den nächsten. Schon seit vielen Jahren werden immer wieder Fördergeldmissbrauchsfälle durch Kindergarten-Betreiber bekannt. Der neueste Fall schlägt dem Fass jedoch endgültig den Boden aus: Hierbei soll die grüne Döblinger Bezirksrätin Mahsa Abdolzadeh mehr Geld von der Stadt bekommen haben, als ihr ob der Anzahl der Kinder zustünde. Zudem steht der Verdacht im Raum, dass sie bei der Übernahme durch einen neuen Betreiber von diesem Schwarzgeldzahlungen haben wollte. Bekannt wurde die Causa durch eine Anzeige gegen Abdolzadeh, die bei der Staatsanwaltschaft eingelangt ist. Dieser neuerliche Missbrauch von Fördergeld

im Bereich der Kindergärten zeigt, dass das Kontrollsystem der Stadt – respektive der MA 10 – nicht nur unzureichend ist, sondern auf ganzer Linie versagt. Vizebürgermeister Wiederkehr hätte bereits zu Beginn seiner Amtszeit als Bildungsstadtrat geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, damit solche Vorfälle endgültig der Vergangenheit angehören. Allerdings ist diesbezüglich bis heute nichts passiert. Wir Freiheitliche werden an dieser Geschichte dranbleiben und für volle Aufklärung sorgen. Auch ist es uns ein Anliegen, die Verantwortlichen in der Stadt zur Rechenschaft zu ziehen. Schließlich geht es um Steuergeld und damit um Euer Geld, das hier versenkt wird.

ÖVP ist zu feig für Misstrauensantrag gegen SPÖ-Ludwig

Die Wiener ÖVP hat in der Sitzung des Wiener Gemeinderates einen Misstrauensantrag gegen Neos-Vizebürgermeister Wiederkehr eingebracht. Es stimmt schon, dass es im Bereich des pinken Bildungsstadtrates Wiederkehr unzählige Missstände gibt und daher hat die FPÖ dem Misstrauensantrag auch zugestimmt. Es ist aber nicht stimmig, dass die ÖVP auf der einen Seite einen Mis-

trauensantrag einbringt, aber auf der anderen Seite der ÖVP-Wirtschaftskammerpräsident Ruck mit Wiederkehr eine Pressekonferenz zum Thema Bildungschancen macht. Außerdem ist der Hauptverantwortliche für die Skandale in den Kindergärten und bei den Volkshochschulen Bürgermeister Ludwig. ÖVP-Chef Mahrer ist jedoch zu feig für einen Misstrauensantrag gegen den Bürgermeister oder gegen SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hacker, weil er sich schon für eine Koalition mit der Ludwig-SPÖ aufmascherlt.



Sparstift auch bei den Parteien ansetzen!

In Zeiten massiver Teuerung ist es an der Zeit, auch bei den Parteien den Sparstift anzusetzen und mit gutem Beispiel voran zu gehen. Die Begrenzung der Wahlkampfkosten beschäftigt Österreich und Wien seit langem und hat diesbezüglich auch in den jeweiligen Gesetzen ihren Niederschlag gefunden. Angesichts der in der zweiten Republik noch nie dagewesenen Teuerung, unter der besonders Kleinverdiener, Jungfamilien, Pensionisten und Alleinerzieher leiden, ist es seitens der Politik angebracht, bei zukünftigen Wahlkämpfen auf eine kostenintensive Materialschlacht zu verzichten und auf einen Wettkampf der Ideen zu setzen.

Die Wiener FPÖ hat im Zuge der letzten Landtagsitzung einen Antrag eingebracht und damit eine Novellierung des Wiener Parteienförderungsgesetzes verlangt, durch die die Wahlkampfkosten-Obergrenze mit drei Millionen Euro beschränkt werden soll. Das wäre eine Halbierung der bis jetzt zugelassenen Kosten und weit ausreichend!

Die Ludwig-SPÖ konnte sich aber für diese Einsparung von Steuergeld einmal mehr nicht erweichen und hat – gemeinsam mit dem pinken Anhängsel – gegen diese Kostensenkung ausgesprochen. Wir Freiheitliche stellen uns einen sorgsamen Umgang mit Steuergeld anders vor!



Körpergeld für die Wiener SPÖ unter dem Deckmantel „Volksbildung“

„Was uns die SPÖ als ‚Volksbildung‘ verkaufen möchte, ist ein Fass ohne Boden, in das Jahr für Jahr Millionen Euro an Steuergeld versenkt wird – nämlich die Wiener Volkshochschulen“, ärgert sich der freiheitliche Gemeinderat Stefan Berger. Fünf Millionen Euro Steuergeld wurden mir nichts, dir nichts frei gemacht, um die Misswirtschaft der SPÖ zu verdecken und die selbstverschuldete Pleite und den drohenden Konkurs der Volkshochschulen in letzter Minute abzuwenden. Fünf zusätzliche Steuermillionen für einen Verein, der nur zu 25 Prozent im Eigentum der Stadt liegt – der Rest gehört der SPÖ, namentlich dem „Verband Wiener Volksbildung“.

Seit Jahren wissen wir also: Bei den Wiener Volkshochschulen handelt es sich um eine lupenreine SPÖ-Organisation, deren katastrophale Finanzgebarung vom Stadtrechnungshof bereits vor zwei Jahren aufgedeckt wurde. Durch den Bericht wurde bekannt, dass die Wiener Volkshochschulen im Zeitraum von lediglich zwölf Jahren insgesamt

282,5 Millionen Euro an Mittel der Stadt Wien erhalten haben. Im Prüfungszeitraum war der nunmehrige Bürgermeister Michael Ludwig noch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Volkshochschulen und ist damit für Misswirtschaft und Steuergeldverschwendung persönlich verantwortlich.

Offenbar war und ist es dem Herrn Bürgermeister bis heute ein Anliegen, dass er in jedem Wiener Bezirk eine SPÖ-Außenstelle weiß, durch die er sich seine Macht weiter erhalten kann. Wäre dem nicht so, hätte er längst einer Reform der VHS zugestimmt. Eine echte

Neuorganisation und Entpolitisierung der VHS wäre dringend angesagt und nicht zuletzt auch Aufgabe von Vizebürgermeister Wiederkehr. Doch die NESO machen einmal mehr wieder beim perfiden Spiel der SPÖ mit und geben Steuermillionen frei. Steuermillionen um eine verdeckte SPÖ-Parteienstruktur zu retten.



 **Bleib auch Digital stets informiert**

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at

